

Badische Zeitung 7.6.2019, S.5

Geld für Kriegsverbrecher

54 Franzosen beziehen Kriegsoffizierrente aus Deutschland – auch ehemalige Angehörige der Waffen-SS

Von Bärbel Nückles

STRASSBURG. Deutschland steht im Verdacht, Kriegsoffizierrenten an mutmaßliche NS-Verbrecher ins europäische Ausland zu zahlen. Unter den Nutznießern soll auch ein Elsässer sein, der in der Waffen-SS gedient hat. Belgische Medien machten das Thema im Frühjahr publik.

Nachdem bereits das Brüsseler Parlament von der Bundesregierung Aufklärung und eine Einstellung der Leistungen gefordert hat, wird inzwischen auch in Frankreich der Ruf nach Aufklärung laut. Auch dort leben Bezieher einer solchen Kriegsoffizierrente, die nach dem ursprünglich 1950 beschlossenen Bundesversorgungsgesetz (BVG) an Opfer des Zweiten Weltkriegs, etwa Kriegsverwehrt, gezahlt wird. Insgesamt überweist die Bundesrepublik an mehr als 2000 Personen im Ausland monatliche Beträge zwischen 300 und 400 Euro, davon gehen 1450 in europäische Länder. Diese Zahlen nennt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag, die auf die Resolution des belgischen Parlaments reagiert hatte. Bis zu einer Stellungnahme des deutschen Botschafters in Paris vor gut

einem Monat war allerdings wenig bekannt über die insgesamt 54 Nutznießer in Frankreich. In welcher Beziehung hatten sie zu Nazi-Deutschland gestanden?

Botschafter Nikolaus Meyer-Landrut versicherte gegenüber dem französischen Armeeministerium, bei den Empfängern handle es sich lediglich in neun Fällen um französische Staatsbürger. Ein weiterer Teil seien Witwen und Waisen. Bei 18 Personen werde die Leistung an deutsche Staatsbürger überwiesen, die in Frankreich gemeldet seien. Für Verwunderung sorgen in Frankreich vor allem die Details über vier Männer – die Tageszeitung *Le Monde* zitiert aus Meyer-Landruts Angaben. Bei den fraglichen Personen handle es sich um ehemalige Angehörige der Waffen-SS.

Auch ein Elsässer sei darunter, der, so schreibt *Le Monde*, nach der deutschen Besetzung der Grenzregion ab 1940 zunächst einer Polizeieinheit, in der Folge der SS-Division „Totenkopf“ angehört habe. Dennoch versichert die Deutsche Botschaft, bei den Beziehern der Rente nach BVG sei auszuschließen, dass es sich um Kriegsverbrecher handle. Ende der 1990er Jahre hatte die Bundesrepublik für eine Neuordnung des BVG ihre Datensätze mit 76 000 Namen mutmaßlicher Kriegsverbrecher aus den Beständen des Simon Wiesenthal

Centers in Jerusalem abgleichen lassen. Am Ende der Überprüfung von damals noch knapp einer Million Leistungsempfängern, auch unter Zuhilfenahme anderer Quellen, wurde in nur 99 Fällen die Rente entzogen. Die deutschen Historiker Stefan Klemp und Martin Hölzl haben im Auftrag des zuständigen Ministeriums für Arbeit und Soziales die Geschichte des BVG und seiner Neufassung aufgearbeitet. Ihr Bericht liegt seit 2016 vor. Darin nennen sie die Zahl von 50 000 NS-Tätern, die sich unter den Beziehern befunden hätten.

Im Elsass empfindet man das lange Schweigen aus Deutschland aus einem anderen Grund als skandalös. Der angebliche Bezieher aus dem Elsass sei freiwillig in der Waffen-SS gewesen. Plötzlich wird die Geschichte der 130 000 Zwangsrekrutierten, der *Malgré-nous*, aus dem zur NS-Zeit besetzten Elsass-Lothringen wieder in die Nähe willentlicher Kriegsverbrecher gerückt. Gérard Michel, Präsident des Vereins der Kriegswaisen der Malgré-nous, ist außer sich. Die Bundesrepublik weigere sich das Unrecht gegenüber den Malgré-nous anzuerkennen, zahle aber mutmaßlich Renten an einzelne Angehörige der Waffen-SS. Auch der Historiker Nicolas Mengus fordert, Deutschland müsse endlich offenlegen, wer Kriegsoffizierrente beziehe.